



Biwöchiger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.  
Postz. 2 Thlr. 16 Gr. — Inscriptiongebühr für den Raum einer  
sechzehnzigten Seite in Beiträgen 2 Gr.

Nr. 402. Mittag-Ausgabe.

Blatt und fünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Freitag, den 29. August 1873.

## Deutschland.

Berlin, 28. August. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Amtsrichter Dr. juris von Bülow zu Celle die Schleife zum Roten Adler-Orden dritter Klasse; dem Ober-Regierungsrath Kühne zu Erfurt den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; sowie dem pensionirten Kammerwärter, jetzigen Stellenbesitzer Gottlieb Kuhnert zu Herrmannsdorf im Kreise Breslau, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Commerzienrath Fr. v. Geyern zu Barmen den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath; sowie dem Papierfabrikanten Bagel zu Wezel, dem Tuchfabrikanten Joh. Fr. Mayer zu Eupen, dem Director der Burbacher Eisenhütte bei Saarbrücken Nicolaus Flamm, den Fabrikanten Carl Elbers zu Hagen und Carl Küppers in Rheine, dem Banquier Max Frensdorff zu Hannover, den Kaufleuten Wilhelm August Braun zu Hildesheim, Carl Grunau zu Stolp, Philipp Elken, Valentini Manheimer und Wilhelm Wolff zu Berlin, den Banquiers Julius Leopold Schwabach, Carl Emil Ebeling und Carl Ehrlhard Friedrich Gelbke ebendaselbst und dem Fabrikbesitzer Friedrich Förster jun. zu Grünberg den Charakter als Commerzienrath verliehen.

Dem Lehrer Dr. Arthur Richter am Gymnasium zu Halberstadt ist das Prädikat Oberlehrer verliehen worden. — Dem Ingenieur Bernhard Stauffer zu Magdeburg ist unter dem 25. August 1873 ein Patent auf einen Regulator an Aufzügen auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 28. August. [Se. Majestät der Kaiser und König] werden heut Nachquartier in Regensburg nehmen und von dort aus morgen früh 8 Uhr, mittels Eisenbahn-Extrazuges die Reise über Eger, Reichenbach und Leipzig fortsetzen, so daß Allerhöchsteselben an demselben Tage Abends 9 Uhr auf dem Anhaltischen Bahnhofe in Berlin eintreffen werden. Empfang und Begleitung findet auf dieser Reise nicht statt und wird bei der Ankunft in Berlin nur der Kommandant auf dem Bahnhofe anwesend sein.

[Se. Majestät die Kaiserin-Königin] trifft von Freiburg im Breisgau am 29. d. M. in Berlin ein. (Reichstag.)

© Berlin, 28. August. [Die Armee-Corps-Stellen. — Der Botschafterposten in Paris. — Das Reichseisenbahnamt. — Militärärztliche Bildungsanstalten.] Nach der bevorstehenden Rückkehr des Kaisers werden noch in mehrfachen Beziehungen definitive Bestimmungen in Bezug auf die Feier des 2. Septembers getroffen werden. Man erwartet an diesem Tage, namentlich in militärischen Kreisen, verschiedene Allerhöchste Entschließungen. Ob darunter, wie angekündigt worden, auch die definitive Besetzung der vacanten Armee-Corps sein wird, muß abgewartet werden, um so mehr als das 10. Armee-Corps, welches dabei mit in Betracht kommt, noch nicht wirklich erledigt ist. Allerdings ist es noch keineswegs so sicher, wie von einigen Seiten angenommen wird, daß General von Voigts-Rheg daselbe wieder übernehmen kann. Dagegen harren das 3. und 9. Armee-Corps in Folge des Abgangs von Alvensleben II. und Wanstein der definitiven Besetzung, und es dürfte die Entscheidung darüber im Zusammenhange mit den Bestimmungen über das 13. (Württembergische) Corps bald erfolgen. — Durch die Blätter laufen wieder einmal verschiedene unter einander in Widerspruch stehende Gesuche über eine anderweitige Besetzung des Botschafterpostens in Paris. Dieselben beruhen, wie alle früheren, auf leerer Conjectur. Von der Combination, wie sie dabei für Paris und Petersburg gegeben wird, ist in unterrichteten Kreisen nicht die Rede gewesen. — Das Reichseisenbahnamt wird schon zum 1. October ein eigenes Local beziehen können; es ist ein solches in der Alsenstraße zunächst mietfrei beschafft worden. — Von Seiten des Kriegsministeriums wird beabsichtigt, für die Vorprüfung der Aspiranten zur Aufnahme in die militärärztlichen Bildungs-Anstalten in Berlin eine Central-Commission einzusetzen, deren Tätigkeit im März 1874 beginnen soll. Im Interesse der Aspiranten sollen die Vorprüfungen den Aufnahmeterminten möglichst nahe gelegt werden, letztere aber künftig kurz vor dem 1. April und 1. October stattfinden. Mit Rücksicht hierauf sind durch Verfügung des Cultus-Ministers die Provinzial-Schul-Collegien veranlaßt worden, die Gymnasial-Directoren dahin anzuweisen, daß diejenigen Abiturienten, welche sich zur Aufnahme in die militärärztlichen Bildungsanstalten melden wollen, rechtzeitig mit einer beglaubigten Abschrift des Matrikel-Bezeugnisses zu versehen sind, falls etwa die Einhändigung dieser Zeugnisse selbst nicht früh genug erfolgen können.

D. R. C. [Der Ministerpräsident Graf Noor] wird, wie wir hören, morgen Abend hier eintreffen; ob der Feldmarschall nach Beendigung der bevorstehenden Feierlichkeiten in Berlin verbleiben und seine Funktionen wieder übernehmen wird, ist bis jetzt noch zweifelhaft. Dem Minister nahmstehende Personen sind der Ansicht, derselbe werde den September über noch in Süddeutschland zubringen und bald nach Beendigung der Feierlichkeiten dorthin wieder zurückkehren.

[Herr Oberbürgermeister Miquel] hatte schon vor ungefähr Jahresfrist den Entschluß bekundet, auf sein Amt als Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft zu verzichten, um sich wieder ausschließlich der parlamentarischen Tätigkeit zu widmen. Nur mit Rücksicht auf die außerordentlichen Arbeitsansprüche, welche in jener Zeit an seine Collegen in der Disconto-Gesellschaft gestellt wurden, hatte er auf deren dringendes Ersuchen die Ausführung jenes Entschlusses bis jetzt verlängert. Wie wir vernehmen, ist es Absicht des Verwaltungsraths der Disconto-Gesellschaft, Herrn Miquel bei Niederlegung seiner Functionen als Geschäftsinhaber nicht zu cooptiren, sondern ihm auch an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Präsidenten Scheele zum Vorsitzenden zu wählen. Da die hiermit zusammenhängende Tätigkeit nicht in dem Maße wie seine bisherige Stellung ihn absorbierte, glaubt man, daß er diese Wahl annehmen dürfte.

D. R. C. [Der Termin zu den Wahlen.] Sobald das preußische Staatsministerium wieder hier vollständig versammelt ist — und es ist ja bekannt, daß dieser Fall mit Beginn des nächsten Monats eintreten — wird dasselbe zur Berathung und Erledigung der während der Ferien angesammelten Gegenstände zusammentreten. Als erster Gegenstand, der bei dieser Gelegenheit zur Berathung gelangen soll, wird uns die Frage wegen der Abhaltung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus bezeichnet. Es dürfte übrigens die höchste Zeit sein, mit den Vorberichtigungen auf diesem Gebiete vorzugehen, und da zu diesem Behufe ein Beschluß des Gesamtministeriums erforderlich ist, so wird dasselbe schon in der allerhöchsten Zeit sich mit dieser Frage beschäftigen. Wie es übrigens heißt, soll es in der Absicht des Ministers des Innern liegen, die Urwahl in den ersten Tagen und die Abgeordnetenwahlen um die Mitte resp. in dem letzten Drittel des Monats October vorzunehmen.

C. S. [Der Herzog von Ratibor und die ausgeschiedenen Malteserritter.] Es wird uns bestätigt, daß die an den

Herzog von Ratibor ergangene Einladung, der Enthüllungsfest am 2. September beizuhören, mit der an den Malteserorden ergangenen Einladung zusammenhängt, welcher nach dem Vorschlage der Enthüllungscommission, gleich allen anderen Vereinen, die sich um die Krankenpflege während des letzten Krieges verdient gemacht haben, ersucht worden war eine Deputation zu der Feier zu entsenden. Als dem Kaiser diese Vorschläge unterbreitet wurden, hat Se. Majestät, aus eigenem, freiem Antriebe, darauf hingewiesen, daß, wenn der schlesische Malteser-Verein zur Entsendung einer Deputation aufgefordert wird, es durchaus nothwendig sei, gleichzeitig den Herzog von Ratibor, welcher sich hervorragende Verdienste um die Krankenpflege im Malteser-Verein erworben hat und ebenso die übrigen, in den letzten Wochen aus diesem Verein ausgeschiedenen Mitglieder ausdrücklich und in seinem Namen einzuladen. Damit hat die den Herren gewordene Auszeichnung eine über die Personensfrage weit hinausreichende Tragweite gewonnen, denn sie gibt ein neues Zeugnis dafür, welchen hervorragenden Werth Se. Majestät der Kaiser und König auf die von dem Herzog von Ratibor und dessen Genossen eingenommene Stellung legt.

— [Für Auswanderungslustige.] Es ist zur Kenntnis der preußischen Regierung gelangt, daß Agenten, besonders solche englischer Dampferlinien, in Deutschland die Nachricht verbreiten, daß in der Stadt Boston in Nord-Amerika in Folge der zwei bedeutenden Feuerbrünste, welche dieselbe seit dem November v. J. betroffen haben, nicht nur eine große Nachfrage nach Arbeitern entstanden, sondern auch, daß der Tagelohn dort auf fünf bis sechs Dollars gestiegen sei. Nach zuverlässigen Nachrichten sind beide Angaben falsch und nur gemacht, um die Einnahmen der betreffenden Schiffsgesellschaft durch Anlockung deutscher Auswanderer zu erhöhen.

D. R. C. [Die evangelisch-lutherische Conferenz] setzte gestern Nachmittag ihre nur durch eine kurze Pause unterbrochenen Verhandlungen fort. Dieselben beginnen mit einem Vortrage des Pastor v. Nathusius (Quedlinburg) über das Thema: Welche Aufgaben stellen die neuen Kirchengesetze des evangelischen Geistlichen? Redner gab einen Überblick über die einzelnen kirchenpolitischen Geseze, indem er einerseits die geringen Abweichungen vom bisherigen Rechtsstandpunkte und andererseits den Rücktritt gegen die Forderungen der Zeit und der kirchlichen Freiheit im Allgemeinen hervorhob. Im Weiteren bedauert Redner, daß die Geistlichkeit sich bisher von der Politik fern gehalten habe. Von der Kanzel allein müsse die Politik verbannt bleiben; aber seine einflussreiche sociale Stellung müsse der Geistliche anderweitig behaupten. Christliche Ehe und christliche Schule sind die Lösungen, um die es sich bei den bevorstehenden politischen Wahlen handelt; hier gilt es, nicht läufig zu sein. Die Aufgaben, welche die Kirchengesetze an die Geistlichen stellen, verlangen aber auch nach innen in der bis jetzt ungehinderten Arbeit treu zu sein, treuer als bisher. — Im Anschluß an den Vortrag wurden von Pastor v. Nathusius folgende Thesen verlesen: 1) Wir erkennen dem Staat die Pflicht zu, alle menschlichen sittlichen Verhältnisse, Ehe, Familie, Gemeinde, Schule u. s. w. nach der ihnen innerwohnenden sittlichen Natur zu behandeln. 2) Wir erkennen dem Staat die Pflicht zu, der Kirche als der Hüterin der göttlichen Offenbarung, in der wir die einzige Quelle alles Rechts und die Eckenquelle für die sittliche Natur menschlicher Verhältnisse bestehen, freie Entfaltung in seinem Gebiete zu gewähren. 3. Wir erkennen der Kirche die Pflicht zu, den Staat, auch wenn er sich von den sittlichen Anschauungen, die sich auf göttliche Offenbarung gründen, losagt, immer noch als selbstständige göttliche Institution anzuerkennen, welchem Gebosam auch von den Christen zu leisten ist, so lange nichts entschieden dem Worte Gottes zu widerlaufen gedacht wird. 4. Wir erkennen, daß in Deutschland durch die gegenwärtigen Gegebenheiten besonders so weit sich dieselbe auf die Kirche bezieht, der Staat die Wege beschreiten hat, welche mit den Grundsätzen der Offenbarung in Widerspruch auslaufen, und können seiner Entwicklung, so lange er auf dem eingeschlagenen Wege bleibt, nur mit ernster Bedenken entgegensehen. 5) Wir erkennen es für unsere Pflicht gegen den Staat, auch den gegenwärtigen Gesetzen zu gehorchen, zugleich aber laut zu protestieren gegen die darin vertretenen Prinzipien und ohne zu verschweigen, daß ihre Ausführung auf Punkte führen kann, wo wir in schuldigem Gehorsam gegen Gott die weltliche Strafe ertragen müssen. 6) Wir erkennen es für unsere Pflicht gegen unseren Staat an, uns an seinem constitutionellen Leben nach Kräften zu beteiligen, um es zu ermöglichen, daß der gegenwärtigen ins Verderben führenden Richtung des Staatslebens entgegengearbeitet werde. 7) Wir erkennen es für unsere Pflicht gegen die Kirche, bei den sie bedrohenden Hindernissen die freien Wirkens desto treuer zu sein in den durch die Gesetzgebung berührten Gebieten, Strafanstalt der Predigt, Kirchenzucht und Seelsorge, Fürsorge für die Schule, Gewinnung von Kräften für das geistliche Amt u. s. w. im festen Vertrauen, daß der Herr seine Kirche nicht verlassen und auf seine Weise der Treue ihren Lohn nicht verlängern wird.

In der über diesen Gegenstand eröffneten längeren Debatte fühlte sich zunächst Herr Graf Krassow, als früherer Referent über diese Geseze im Herrenhause, berufen, seine schon bei den Verhandlungen in diesem Hause gegen die kirchen-politischen Geseze erhobenen Bedenken nochmals zu wiederholen, schwieerte sodann vom eigentlichen Gegenstande gänzlich ab, und gelangte im weiteren Verlauf seiner Rede schließlich auf den Protestantischen Verein. Graf Krassow ist nun nicht, wie die früheren Redner, der Ansicht, daß der Kirche aus diesem Verein eine ernsthafte Gefahr drohe, der Ansicht, daß der Kirche aus diesem Verein eine ernsthafte Gefahr drohe, der Obrigkeit unter allen Umständen zu gehorchen. Festiger Widerpruch und wiederholte Rufe: Schluss! folgte seinen Worten, der auch selbst dann nicht aufhörte, als Redner mitteilte, daß er in den letzten sechs Wochen in einer überwiegend von Katholiken bewohnten Provinz gelebt und aus eigener Anschauung sich davon überzeugt habe, daß die Regierung dieser Geseze zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität in der That befürchtet. — hr. Graf v. d. Schulenburg-Biezenhof trat dieser Ansicht entschieden entgegen und ist seinerseits der Meinung, daß der gegenwärtig entbrannte Kampf zwischen Staat und Kirche gerade durch die Maßnahmen der Staatsregierung herborgerufen sei. Es sei dies tief zu beklagen, daß das Ende eines solchen Kampfes gar nicht abzusehen sei. Von anderer Seite wurde gegen die Regierung der Vorwurf erhoben, daß sie die Geseze nicht zuvor der geistlichen Behörde zur Begutachtung vorgelegt und überhaupt dieselbe ganz ignorirt habe. — Das Resultat der ganzen Verhandlung läßt sich dahin zusammenfassen, daß die evangelische Geistlichkeit weder eine herausfordernde, noch eine passible Stellung diesen Gesezen gegenübernehmen darf, daß diese Stellung vielmehr eine abwartende sein müsse, da sich in diesem Augenblick noch nicht übersehen lasse, welche Gefahren der evangelischen Kirche aus diesen Gesezen etwa entstehen könnten. — Um

Die am Donnerstag früh 8 Uhr fortgesetzte Verhandlung, welche wiederum ein Morgen-Gottesdienst vorangegangen, begann zunächst mit einem Vortrage des Pastors Künster aus Böttchersdorf über die Frage: Was fordert von uns gegenüber der in Aussicht gestellten Aenderung der kirchlichen Verfassung die Treue gegen das lutherische Bekenntniß? Die Versammlung glaubte diese Frage am besten damit beantworten zu können, daß sie den Erlass einer Adresse an den Kaiser beschloß, in welcher an denselben die Bitte gerichtet wird, Fürsorge zu treffen, daß durch die neue Verfassung das positive Christenthum in der Kirche nicht noch größeren Schaden erleidet, als dies schon gegenwärtig der Fall ist. — Ein sich hieran schließender Antrag, zugleich eine Rundgebung an die Gemeinden in Form einer Erklärung zu veröffentlichen, in welcher die Conferenzmitglieder ihr Einverständnis mit dem von dem Oberkirchenrat in der Sydow'schen Angelegenheit ausgesprochenen Grundfaze, das zwischen amtlicher und außeramtlicher Tätigkeit zu unterscheiden sei, energisch zurückweisen, wurde von der Versammlung abgelehnt.

Zum Schlus sprach hr. v. Kleist-Retzow über die Maßnahmen, welche zur Abwendung der Evidenz zu treffen seien. — Redner ist der Ansicht, daß von dem Ausgange des Kampfes gegen die liberalistischen Bestrebungen der Neuzeit, namentlich auch gegen die obligatorische Einführung der Evidenz die Gestaltung unseres deutschen Vaterlandes wesentlich abhänge. Die Ehe ist eine unmittelbare Schöpfungsordnung Gottes; wie die Ehe eines Volkes ist, so ist das Volk überhaupt, so ist auch seine Zukunft, wie das Eherecht ist, so ist auch das Rechtsbewusstsein eines Volkes. Die Ehe ist die Quelle, aus welcher das ganze sociale Leben hervorgeht. Die Veränderung unseres Eherechtes würde also auf die Nationalität unseres Volkes den verderblichsten Einfluß ausüben. Die Evidenz würde aber auch bewirken, daß innerhalb des Christenthums ein Heidenthum heranwächst, denn mit Einführung derselben würde auch zum großen Theile die Kinderstaufe bestätigt werden. Um ein solches Unheil vom deutschen Volke abzuwenden, müsse die Versammlung daher in einer Adresse an Se. Majestät den König um Ablehnung der, an ihn etwa herantretenden Forderung wegen Erlass einer Evidenzgesetzgebung bitten; dann müsse man aber auch den Blick auf die bevorstehenden Wahlen richten und dahin wirken, daß Männer gewählt werden, welche der Einführung der Evidenz entschieden entgegentreten. — Obwohl diese Adresse ebenfalls beschlossen wurde, so war man in der Versammlung doch nicht so sanguinisch, sich von derselben einen besonderen Erfolg zu versprechen. Man sprach vielmehr offen aus, daß auch die Evidenz trotz aller Proteste unseres Vaterlande nicht erwartet bleiben würde, wie denn auch von einer Seite offen anerkannt wurde, daß der Geistlichkeit zum Theil die Schuld zufalle, wenn die kirchliche Einsegnung der Ehe in Misserfolg gefolgt sei.

Hiermit war die Tagesordnung der Conferenz erledigt. — Zum Schlus erklärte noch Pastor Stahlberg aus Mecklenburg im Namen eines großen Theils seiner mecklenburgischen Collegen seine Zustimmung zu den gesuchten Verschärfungen und sprach zugleich die Bitte aus, es nicht der Gesamtheit der lutherischen Geistlichkeit anzuhören, wenn, wie es in Hannover geschehen, ein lutherischer Geistlicher die Taufe eines Kindes unter Eltern verweigerte. — Der Vorstand wurde sodann noch bevolmächtigt, sich als Comite der ev.-luth. Conferenz in Permanenz zu erklären und durch Cooperation zu verstärken. Es wurde zugleich beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, die Conferenz im nächsten Jahre wiederum einzuberufen. Mit Segen- und Gebet schloß sodann die Conferenz um 2½ Uhr Nachmittag.

[General-Superintendent Hoffmann +.] Wie verlautet, ist der Ober-Hof- und Domprediger General-Superintendent Dr. Hoffmann nach längerem schweren Leiden gestorben.

Königsberg i. P., 28. August. [Börse. — Cholera.] Der am 2. September stattfindenden Nationalfeier halber beschloß das Vorsteheramt der Kaufmannschaft, wie die „Hartung'sche Zeitung“ meldet, an diesem Tage die Börse auszusperren. — Die Cholera-Epidemie ist seit einigen Tagen im Steigen, die Durchschnittszahl der Erkrankungsfälle betrug gestern und heute 70.

Posen, 28. Aug. [Schulauflösung.] Bei einer gestern in Gnesen stattgehabten Versammlung der katholischen Decane hat sich der Erzbischof Ledochowski entschieden, dagegen ausgesprochen, daß seitens der Geistlichen selbst das Schul-Inspections-Amt niedergelegt werde.

Aus Nordschleswig, 26. August. [Dänische Demonstrationen.] Von der aus Anlaß der Haderslebener Industrie-Ausstellung incentrierten dänischen Demonstration, welche, wie wir gemeldet haben, soeben dadurch einen ihrer würdigen Abschluß gefunden hat, daß die fünfzehn Mitglieder des Comite's gerichtlich in ein Geldbuße von zusammen etwa 600 Thalern verurtheilt worden sind, entwirkt eine Correspondenz des „Hannov. Cour.“ folgendes Gesammtbild:

Hadersleben hat eine überwiegend deutsche Bevölkerung; das Dänische tritt als Verkehrssprache so sehr in den Hintergrund, daß ein Berichterstatter des Kopenhagener „Dagbladet“ sich zu einem spätesten Seufzer über die dort bemerkte Verdröhung „Südbüllands“ (soll heißen Nordschleswig) veranlaßt fühlte. Hier fand nun die von den Haptbähnen der dänischen Propaganda ausgehende Ausstellung statt. Mit obrigkeitlicher Bewilligung wurde hier ein Kleintopenhagener Incentiv: in rosinstärkster Weise wurde das Anathema über Alles, was deutsch klingen konnte, ausgesprochen; man kann nur dänisches Reichsgeld; jede Ausschrift, jede Bitte an das Publikum, jede Warnung war dänisch abgefaßt, aus allen Einladungen, Circulären u. s. w. war jeder deutsche Buchstabe verboten; selbst deutsch geschriebene Ausschriften hatten sich gefügt und ihre Firma dänisch redigirt — nicht wenige in einem so haarräubernden Dänisch, daß man nicht wußte, ob Unwissenheit oder Rache wegen des verübten Terrorismus den Ursprung über das Augenhängsel geführt hatte. Mit Befriedigung konnte das Comite auf sein Werk sehen; den deutschen Behörden war auf das Überschreiten eines Schnüppchen geschlagen, und es machte einen recht komischen Eindruck, als die Regierung den Entschluß faßte, etwas gegen die Danomanen zu unternehmen und — die Verloosung der nicht verkaufen Ausstellungsgegenstände untersagte!

An den üblichen kleinen Knalleffekten für die Herren von jenseits der Königsbau, die sich zu hunderten einfanden, fehlte es nicht. Taschendiebstahl prächtig; Hans Krüger hielt seine Rede über das Gespräch mit Bismarck; biedere Sonderburger, Apenrader und sonstige Preußenreiter, die in geschlossenen Scharen mit aufgeblästem Danebrog in den Haderslebener Fjord hineindampften, wurden polizeilich verdonnert, und was denn sonst noch bei solchen Gelegenheiten die kleinen Schäkerien zu sein pflegten. Die Dänen blieben natürlich die Antwort nicht sündig. Die Jury kümmerte sich bei den Preisverleihungen weniger um die Leistungen, als um die Nationalität des Aussteller, und es wurde z. B. einem dänischen Pianoforte-Fabrikanten die Bronzemedaille zuerkannt, während ein deutscher Current, dessen Instrumente nach dem Urtheile sogar eines dänischen Fachmannes, und auch des Directors eines musikalischen Instituts in York (England) unbedingt den Vorzug vor jenen verdienten, nicht einmal eine ehrenvolle Erwähnung erhielt.

Beim Schlus der Ausstellung ging nun der Vorsteher in seiner Rede so weit, daß er für die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark plaidierte und offen zugab, daß Unternehmungen sei eine dänische Demonstration. Das war dem Haderslebener Polizeimeister denn doch zu stark; er beschleunigte das Ende, indem er die Versammlung für aufgehoben erklärte und die Anwender zwangsweise durch die Gendarmerie aus dem Garten und den Wirtschaftsräumen entfernte. — Wegen Übertretung der Verordnung, betreffend das Verhandlungs- und Vereinigungsrecht ist nun von dem Vorsteher des obengenannten Sümmerchen von 600 Thalern Seitens des Kreisgerichts erbeten worden.

Hannover, 27. August. [Elster deutscher Juristentag.] Bereits gestern Abend waren die Empfangs-Bureau der juristischen Gäste in der großen Packhofshalle, welche Magistratus zu diesem Zwecke bereitwillig hergeladen hatte, hergerichtet. Ein Theil der Halle, durch

eine grüne Laubwand abgescheert, birgt die verschiedenen Säulen, an welchen die Empfangskarten, die Theilnahmekarten für die Feierlichkeiten, die Wohnungsnotizien u. s. w. gegeben werden. Alles ist in äußerster Weise bequem, ja opulent hergerichtet. Der Raum mit seiner express zu diesem Zwecke angebrachten brillanten Gasbeleuchtung, seinem Schmuck der Guitalen und Fabnen bietet einen imponirenden Anblick dar. Besonders exquisit sind diese großen kahlen Räume bei der jetzigen enormen Hitze. Auch hatte das Empfangs-Comité dafür gesorgt, daß den erhitzt und ermüdet ankommenden Gästen ein ganz vorzügliches Glas Bier gereicht werden konnte. Der Zugang war gestern noch spärlich, da die Ankunft der Mehrzahl der Gäste für heute angemeldet ist.

Fulda, 26. August. [Vertagung.] Der zuerst auf den heutigen Tag anberaumte Verhandlungstermin vor der Kreisgerichts-Strafkammer gegen den Bischof müßte wegen verspäteter Insinuation des Ladungsdokumentes des Angeklagten — derselbe steht immer noch zu Salzschlaf — und Verhinderung seines Vertreters, des Herrn Rechtsanwaltes Freys, auf den 28. d. M. verlegt werden.

Köln, 26. August. [Dem Präses des hiesigen Priester-Seminars,] Herrn Domkapitular Dr. Kleinheft, ist nachstehende Verfügung zugegangen:

Görlitz, 20. August 1873. Als am 11. Juli d. J. zur Revision des erzbischöflichen Priester-Seminars zu Köln durch von hier aus bestellte Commissarien gemäß § 9 des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai d. J. geschritten werden sollte, haben Ew. Hochw. Ihre Mitwirkung zu dieser Revision abgelehnt, die Beantwortung der auf die Anstalt bezüglichen Fragen der Commissarien verweigert und nicht gestattet, daß die letzteren dem Unterricht beitworten. In Folge dessen ist, wie ich Ew. Hochw. hierdurch mittheile, von dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten auf Grund des § 13 des genannten Gesetzes die Verfügung getroffen worden, daß bis zur Festschrift der gesetzlichen Vorschriften die dem Priester-Seminar gewidmeten Staatsmittel einzuhalten seien. Es hat demnach die Anordnung stattgefunden, daß das Seminar den ihm bisher vom Staate gewährten Geldzuschuß zum Betrage von 3470 Thlr. nicht weiter empfange. Die letztere Summe berechnet sich, wie folgt: In der Gesamt-Dotation des Erzbistums Köln ist ein Zuschuß von 7470 Thlr. enthalten, aus welchen Mitteln das Convictorium der katholischen Studierenden der Theologie zu Bonn die Summe von 4000 Thlr. erhält. Während nun der letztere Beitrag in Zukunft direkt an das Convictorium abgeführt werden soll, wird die Zahlung von 7470 Thlr. an die erzbischöfliche Kasse unterbleiben. Der Oberpräfuder der Rheinprovinz, J. B. Graf Billers.

Denklingen (Kreis Waldvrei), im August. [Der katholische Pfarrer Ernst] hierfür wurde bekanntlich durch Erkenntnis des Zuchtpolizeikammer des Königlichen Landgerichts zu Bonn vom 28. März d. J. wegen Beschimpfung der evangelischen Kirche u. s. w. zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt und dieses Urtheil durch die Zuchtpolizei-Appellationskammer derselben Landgerichts vom 19. Mai bestätigt. Hiergegen hat Ernst den Cassations-Recurs ergripen; durch Urtheil des Ober-Tribunals vom 10. Juli d. J. aber ist dieser Recurs als unbegründet verworfen worden. Die Ausdrücke des v. Ernst (der an der Spitze des Comites der seiner Zeit zur Wildbergerhütte abgehaltenen Katholiken-Versammlung stand und dem vom Erzbischof zu Köln in jüngster Zeit eine besondere Belobigung geworden ist) verdienen der Offenheit, so weit sie dieselben vertreten, übergeben zu werden, als ein Spiegel der Denkwürde mancher Fanatiker. Diese Ausdrücke finden sich unanfechtbar constatirt in dem Urtheile, in dessen Erwägungsgründen es heißt:

„In Erwähnung, daß sich durch die Aussagen der Zeugen v. Mirmann, Günther und Ehefrau Bender ergeben, daß der Beschuldigte öffentlich in der Kirche in der Predigt sich dahin gedacht hat, daß den Protestanten die Kirche wenig heilig, daß dieselbe bei ihnen kein Sacrament, ein Concubinat sei, daß der Segen, den ein protestantischer Geistlicher über eine gemischt Ehe spreche, zum Fluch werde, daß bei den Heiden die Ehe in noch größerem Ansehen gestanden als bei den Protestanten, daß die katholische Kirche die von ihr eingesegnete gemischt Ehe mit Absehung ansehe, weil das Seelenheil des katholischen Theils gefährdet sei, daß, da der protestantische Theil sich scheiden lassen und wieder heiraten könne, derselbe einen Harem halten könne, wie solches in der protestantischen Hauptstadt des Deutschen Reichs in wahrhaft Schreden erregender Weise zu sehen sei; daß, wie wenig Luther, der überhaupt viel für Wielberieb übrig gehabt zu haben scheine, die Ehe heilig gehalten, daraus hervorgehe, daß er dem König Heinrich VIII. geschrieben habe, er solle sich eine zweite, und wenn dies nicht genüge, noch eine Frau nehmen, . . . . daß die katholische Mutter, welche die weiblichen Kinder erziehe und die männlichen dem Vater überlässe, also ihre Leibesfrucht beiseite lasse, schändlicher sei, als diejenige, welche von Salomon verlangt habe, das Kind, welches ihr nicht gehört, zu beiseite.“

Die in Vorstehendem ausgelassenen Stellen mögen wir hier ohne Noth nicht wiedergeben; denn wir wollen den Lesern dieser Zeitung nicht alles bieten, was jener Pfarrer vor seinen Zuhörern in der Kirche offen zu sagen wagt.

München, 26. August. [Über die Verwendung des Reichsinvalidenfonds für Süddeutschland] schreibt man der „K. Z.“ von hier: Es ist neulich in einem norddeutschen Blatte bemerkbar, daß von süddeutschen städtischen Verwaltungen mit großer Lebhaftigkeit der Invalidenfonds des Reichs in Anspruch genommen worden sei, Norddeutschland dagegen daran so gut wie keinen Anteil habe. Nach den Erfahrungen, welche man von hier aus gemacht hat, wird der Grund wohl darin gelegen sein, daß die großen Städte Norddeutschlands sich um Auleihen aus dem Fonds nicht beworben haben, weil sie auf dem gewöhnlichen Geldmarkt die ihnen nötigen Kapitalien eben so leicht wie die Staaten erhalten. Wenigstens wurde dergleichen in den Reichstagsverhandlungen über die Gründung des Fonds angedeutet, und der Erfolg scheint diesen Bemerkungen Recht geben zu haben. Wenn wir süddeutsche städtische Verwaltungen sich mit der Verwaltung des Invalidenfonds und vorher mit dem Reichskanzler-Amt in Verbindung setzen sahen, ist daran nicht etwa die geringere Creditwürdigkeit unserer größeren Städte schuld, sondern der Umstand, daß der Geldmarkt mehr norddeutsch angelegt ist und unsere Verhältnisse den Geldmärkten nicht so bekannt sind. Nebrigens hat die Anlage eines Theiles des Fonds in süddeutschen Stadtbörsen auch eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung, die nicht dadurch gemindert wird, daß die ultramontane Presse bei jedem Anlaß, und sei er noch so weit hergeholt, die armen Süddeutschen als von dem norddeutschen Bruder ausgenutzt und über das Ohr gehauen darstellt. Die Verwendung des Reichs-Invalidenfonds in einer Weise, welche handgreiflich den größeren süddeutschen Communen von Vortheil ist, dient dazu auch, um Leichtgläubigen, welche jenen schwarzen Einfüllungen nur zu gern Gehör leihen, ein anderes Bild vorzuführen. Zu einer weiteren Würdigung des Invalidenfonds, der Anfangs schweren Bedenken unterlag — auch von Seiten derjenigen, welche nicht jede Regierungsvorlage für eine Fußangel oder Wolfsgrube halten —, bieten die gegenwärtigen Gesundheitsverhältnisse Münchens und anderer großer Städte Anlaß. Offenbar muß noch sehr viel für die bessere Sanitätsordnung gethan werden, wenn nicht unsere Großstädte dauernde Krankheitsscheide bleiben sollen. Pfuscher und Halbheit sind hier nicht am Platze; alles Organisatorische im großen Styl verlangt aber in gleichem Maße Mittel, und gerade um diese den Städten für solche Zwecke, die ja zuletzt auch das ganze Reich interessieren, zur Verfügung zu stellen, bietet der Invalidenfonds die beste Hülfquelle. Die Städte thun genug, wenn sie die entsprechenden Zinsen aufzwingen, aber dieses Zusammenwirken der Einzelcommunen und des Reiches, wie es sich hier praktisch ergiebt, ist ein gutes Bild, wie im Großen und Kleinen Staat und Gemeinde sich zu ergänzen haben.

München, 26. August. [Die Tabaksteuer.] Gegenüber der namentlich in ländlichen Kreisen bestehenden Besorgniß, daß die Tabaksteuer in erhöhter drückender Gestalt nächstes Jahr wieder auf die Tages-Ordnung kommen werde, kann die „Erlanger Correspondenz“, gestützt auf die Autorität von Reichstags-Abgeordneten, welche von den Verhandlungen der Frage im Bundesrathe die vollste Kenntniß haben und mit den Vertretern der nächstbeliebtesten Staaten in sehr nahem Verkehre stehen, die bestimmte Versicherung geben, „daß der Plan einer verstärkten Besteuerung des Tabaks nicht bloss für heute und morgen zurückgelegt ist, sondern nach den ausdrücklichen Worten eines nächstbeliebtesten auf eine nicht absehbare Zeit von der Tages-Ordnung verschwunden ist.“ So lange im Bundesrathe der jetzt darin waltende Geist vorherrsche, werde von einer Wiederaufnahme der Tabaksteuerprojekte keine Rede sein.

Augsburg, 25. August. [Zur Ausführung des Jesuitengesetzes.] Die „Augsb. P.-Z.“ heißt nachstehenden Wortlaut eines Aufrufs mit, welchen das Königliche Bezirksamt Augsburg unterm 18. August an sämtliche Gemeinden des Bezirks, „den Vollzug des Reichsgesetzes über die Gesellschaft Jesu betreffend“, erlassen hat:

Im Vollzug einer Entschließung des königlichen Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 18. d. M. ergeht hiermit an sämtliche Ortspolizei-Behörden des Amtsbezirks der Auftrag: 1) Darüber Anzeige zu erstatten, ob in ihrem Bezirk marianische Congregationen bestehen: gegebenenfalls die Anzahl der Mitglieder und das Datum der Gründung anzugeben. Ferner die Statuten und Regeln derselben vorzulegen, die Grundzüge der Organisation dieser Congregationen in kurzen Zügen zu beschreiben und über die Wahrnehmungen, welche bezüglich der Wirklichkeit derselben gemacht wurden, ander zu berichten. 2) Desgleichen auch über die Wirksamkeit der übrigen im Ortsbezirk bestehenden Niederlassungen männlicher und weiblicher Orden und ordensähnlicher Congregationen eingebenden Bericht zu erstatten.

Strasburg, 23. August. [Über die Ligue d'Alsace] wird der „Augsb. P.-Z.“ geschrieben: Mit ihren bisherigen „Erfolgen“ nicht zufrieden, haben die furchtbaren Geheimbündler der Ligue d'Alsace sich veranlaßt gegeben, durch den Verleger Herrn Lemere in Paris soeben eine Gesamtausgabe ihrer Werke zu veranstalten, die in ihrer schönen und eleganten Ausstattung jedenfalls weit über das Niveau hinaufreicht, auf dem sich die „Ligue“ bis dahin bewegte. Wenn der Herausgeber Lemere in den einleitenden, begleitenden und abschließenden Worten, die er den wörtlich abgedruckten 27 Flugblättern, auf die es die „Ligue d'Alsace“ brachte, mit auf den Weg geht, die Wahrheit sagt, so steht das ganze Elsaß auf einem ringsum unterwühlten Vulcane, für dessen Ausbruch zwar Tag und Stunde nicht näher angegeben ist, der aber erfolgen wird und muß — Herr Lemere und alle unbefannten Mitglieder der „Ligue“ sagen es. Ein purer „Zufall“ nämlich brachte Herrn Lemere in den Besitz des Geheimnisses von der Organisation der „Ligue“, wovon wir übrigens auszugweiseßen Berichten in deutschen Blättern schon begegnet zu sein meinen. Nach der schelmischen Andeutung des Herausgebers nämlich besteht kein Grund, diese Organisation zu verheimlichen, denn „die Ligue sind Alle und zugleich Niemand.“ Den Kern derselben bildet allerdings ein anonymes Comitee von Fünfen. Jeder dieser 5 hat jedoch abermals 5 Vertraute zur Seite, das ist das „erste Aufgebot“, das sich, immer unter dem Schleier der Zahl 5, bis zu einem siebenten Aufgebot steigert, das bereits 618,125 Verschworene zählt. Das achte Aufgebot endlich umfaßt „Alle“, geht also unendlich weit über die Bevölkerungszahl von Elsaß und Lothringen obendrein hinaus. Dabet ist Alles so schlau eingehieilt, daß — ich citire wörtlich — „Verrätherei gar nicht möglich ist, denn jeder Verschworene kennt immer nur fünf seiner Mitcarbonari.“ Mit Habhaftwerdung von sechsen aber wäre den Preußen nicht gedient und das leitende Comitee, die ursprünglichen Fünf — kennen nur sich selbst und die Aufführer wissen nie, ob sie zum zweiten oder zum achten Aufgebot gehören.“... Aber Geld haben sie in Menge, mit einem Worte: la ligue d'Alsace est une Charbonnerie organissé, riche et prête à la lutte.“ (Seite 5 des Buches.) — Mit diesen, wie gesagt, wörtlich wiedergegebenen leeren Grosspredigten dürfte der Werth und Inhalt dieser Erscheinung schon an sich hinlänglich gekennzeichnet sein. Daß die 27 Flugblätter der „Ligue“, die seit Beginn dieses Jahres nur noch ein Blatt (anlässlich der Bezirkstagswahlen) veröffentlichte, wegen ihres rohen Tones und von läugnerischen, von persönlichen Intrichen strotzenden Inhaltes bei den Elsässern selbst Zurückweisung und fast einstimmige Ablehnung erfuhren, ist ebenso bekannt als die Thatache, daß, streng genommen, in allen Fällen — bei den Gemeinderatswahlen, der Option u. s. w. — überwiegend das Gegenteil von dem geschah, was die Flugblätter der „Ligue“ mit bestigstem Bitten und Drohen bei den Elsässern erreichen wollten. Wenn aber eine sonst, wie man uns sagt, angesehene Pariser Firma sich zur Wiederaufstellung derartiger Unrechtmäßigkeiten bereit findet und ihren Landsleuten so gewaltige Bären aufzubinden darf, so ist uns dies nur ein neuer Beweis für das stetige Sinten des echt französischen Geistes, wie des französischen Geschmackes. Die habsüchtige Tendenz des buchdruckerschen Unternehmens rechnen wir wohl mit Recht unter dieselbe Kategorie.“

Salzburg, 28. Aug. [Se. Majestät der Kaiser Wilhelm] hat heute Vormittag 9 Uhr die Reise nach Regensburg fortgesetzt. Zur Verabschiedung hatten sich der Statthalter, der Landeshauptmann und der Bürgermeister am Bahnhofe eingefunden.

Triest, 28. August. [Die Königin von Griechenland] ist heute Nachmittag 4 Uhr hier eingetroffen und sofort nach Wien weitergereist.

### Schwed.

Bern, 25. August. [Post-Gongress.] Mit dem Zusammentreffen des von der deutschen Regierung angeregten nordamerikanisch-europäischen Post-Gongresses für Beratung eines gemeinsamen Postvertrags, dessen von dem deutschen Reichskanzler-Amt ausgearbeiteten Entwurf, welcher den Gongress-Beratungen als Basis dienen soll, wir schon mitgetheilt haben, wird es im September leider noch nichts werden. Laut offizieller Mitteilung aus Berlin an den Bundesrat sieht sich die russische Regierung nicht in den Stand gesetzt, schon zu dieser Zeit an dem Gongress Theil zu nehmen, wogegen die deutsche Regierung dem Bundesrathe seine Vertagung auf unbestimmte Zeit vorschlägt. Seitens des Bundesrats wird erst morgen in dieser Angelegenheit ein Besluß gefaßt werden; jedenfalls aber wird er dem Vertagungsantrag bestimmen. Daß der Gongress in Bern stattfinden soll, ist bekannt.

[Naturaltisation.] Wie sich aus einer neuesten französischen Note an den Bundesrat ergibt, beharrt die Regierung Frankreichs darauf, daß die minderjährigen Söhne von in der Schweiz naturalisierten französischen Bürgern bleibend und als solche zum Militärdienst in Frankreich einberufen werden können. Die letzten Bemühungen des schweizerischen Grandsen in Paris, des Dr. Kern, auszuwirken, daß die französische Regierung wenigstens abwarten solle, bis derartige

Söhne das 21. Lebensjahr erreicht haben, in welchem Alter sie dann als volljährig für das französische oder schweizer Bürgerrecht optieren sollen, sind somit vollständig gescheitert. Für die Schweiz kann aus diesem ungellärtigen Verhältniß noch manche Verdrießlichkeit entstehen.

\* London, 25. August. [Fürst Bismarck und der Art. V. des Prager Friedens.] In einer mit dem Buchstaben D. unterzeichneten Zeitschrift an die „Pall Mall Gazette“ wird Fürst Bismarck gegen die Voraussetzung im Schutz genommen, als seje er sich überhaupt hinweg, weil ihm der Glaube an das Plebiscit an und für sich eben so wenig behage, als die Aussicht, daß die Elsässer und Lothringer darin einen Präcedenzfall sehen könnten, welcher auf ihre Verhältnisse anwendbar sei.

Der Reichskanzler, sagt der Einsender im Wesentlichen, ist viel zu sehr selbst Deutschlands Interessen es erforderlich, das gegebene Wort zu lösen. Daß ein Plebiscit in Wirklichkeit nicht zu befürchten ist, hat die Welt vorhanden aus den bekannten Vorgängen in Savoyen und Nizza, den beiden Fürsten also keineswegs abhalten können, einen Act der Pflicht zu erfüllen. In der That liegt aber nicht der mindeste Grund vor, von einer Vernachlässigung der übernommenen Verpflichtungen zu reden. Im Jahre 1867 wurden lange und mühselige Unterhandlungen gerade auf Anstrengung des Reichskanzlers in dieser Angelegenheit gepflogen, bei welchen Herr von Quaade auf der einen, Herr Abele auf der andern Seite als Bevollmächtigte figurirten. Es handelt sich zunächst darum, die Grenze des keineswegs genauen Begriffs festzustellen, was denn eigentlich der „nördliche Teil“ von Schleswig sei. Die Frage der Sprache wurde weder auf die strategische Seite ins Auge. Preußen wünschte sich eine starke Nordgrenze zu sichern, und glaubte, dieselbe nördlich von Alsen zu finden. Dannmal wünschte die Linie südlich von Alsen zu ziehen. Da im Jahre 1867 Dänemark guten Grund zu der Annahme hatte, daß Frankreich früher oder später sich seiner annehmen werde, so war es gar nicht sonderlich auf Erdigung der Frage begierig, und die Verhandlungen kamen im Beginn des Jahres 1868 zum Stillstande, wobei Preußen erklärte, es werde, nachdem worden sei, nunmehr für die Folge weiteren Eröffnungen von Kopenhagen ans entgegensehen. Wem auch die Schuld nun für das Fehlschlagen der Verhandlungen zuzuschreiben sein mag, der einzige Gellärtungsgrund für die Thatache, daß die dänische Regierung seit 1871 die Sache nicht wieder aufgenommen und annehmbarere Vorschläge gemacht hat, ist in dem Einstuf zu suchen, welchen die „modernen“ Ideen von Plebisciten, Volksrechten und dergleichen auf die politische Welt von Kopenhagen ausübten. Die Unterredung des Fürsten Bismarck mit Herrn Krüger, dem Abgeordneten für Nordholstein, war augenscheinlich ein für den dänischen Minister des Auswärtigen bestimmter Wind, allein es scheint das Schicksal des deutschen Reichskanzlers zu sein, daß seine Worte von deuzigenen, welche sie im Lande und Auslande besonders interessiren, nicht verstanden werden.

[Dementi.] Der „Daily Telegraph“ ist in Stand gesetzt, die Angabe, daß die Kaiserin Eugenie zu drei verschiedenen Malen in Cognac in Genf gewesen sei, um den verstorbenen Herzog Karl von Braunschweig zu bewegen, seine leitwilligen Verfugungen zu Gunsten ihres Sohnes wieder in Kraft zu setzen, unbedingt in Abrede zu stellen, da die Kaiserin nie in Genf gewesen sei und den Herzog seit dem 4. September 1870 nicht mehr gesehen habe.

[Kirchliches.] Zu Armagh in Irland fand am Sonntage die Einweihung der katholischen St. Patricks-Kathedrale mit ungewöhnlichem Pompa statt. Nicht weniger als 15 Erzbischöfe und Bischöfe nahmen an der Feierlichkeit Theil und über 400 Priester waren zugegen. Diese Kathedrale ist die größte Kirche in Irland und kann 8000 Leute aufnehmen. Über 20.000 Gäste waren herbeigeströmt und selbstverständlich konnten nicht alle in den kolossalen Gotteshaus Platz finden. Der Cardinal Cullen leitete den Gottesdienst und die Prozession, und nach der Weiherede wurde ein Collate veranstaltet, die 20.000 Thlr. ergab, während die Gesamtkosten sich auf etwa 48.000 Thlr. beliefen. In der Versammlung befanden sich viele Protestant und Dissenter, und es verdient bemerkert zu werden, daß im Laufe des Tages auch die Freudenglocken der protestantischen Kathedrale geläutet wurden.

### Nussland.

\* St. Petersburg, 25. August. [Transport der Verbrecher nach Sibirien.] Unter dem Vorst des Grafen Sollogub beschäftigt sich eine Commission in eingehendster Weise mit der Untersuchung der Gefangen, um danach Grundlage zu deren Verbefreiung aufzustellen. Die Gefangenfrage beschäftigt daher alle Zeitungen, und alle thellen die humanen Gesichtspunkte der Commission. In Veranlassung dieser neuen Reformbestrebungen geht die „Börsen-Zitung“ noch weiter und gibt einen ausführlichen Überblick über die Verbesserungen, die im Transport der Verbannten nach Sibirien schon realisiert worden sind. Die Modalitäten des Transports der Verbannten haben seit einem halben Jahrhundert sehr viele Veränderungen erfahren. Vor 50 Jahren ging der Transport ziemlich regellos vor sich; es kamen zahllose Missbräuche vor. Speranski fand als Gouverneur von Sibirien in Tomsk ganz zufällig einen belasteten Lieutenant, den man Unterwegs ganz unzulässigerweise für einen entstiegenen Straßling gehalten. Als Speranski später die Redaktion des Straßengesetzbuches übertragen erhielt, suchte er mehreren in Sibirien wahrgenommenen Unreständen vorzubeugen. Es wurde auf seinen Vorschlag ein einheitlicher Modus zur Beförderung der Arrestanten eingeführt. Die Arrestanten wurden zu Fuß, in Colonnen und etappenweise befördert. Dieser Modus war bitter genug. Da die Arrestanten nach der Größe ihres Verbrechens schwerere und leichtere Fesseln trugen, mußte man langsam gehen. Oft dauerte es über ein Jahr, bis die Arrestanten die unermüdlichen Entfernungen bis zu ihrem Bestimmungsort zurückgelegt, zuweilen zwei volle Jahre. Auf solchen Marschwaren alle erdenklichen Temperaturwechsel zu überstehen, von der ärgsten Kälte bis zur größten Hitze. Es folgte dem Transporte fast eine Anzahl Wagen, aber diese hatten Frauen und Kinder der Verbannten, die deren Lasten tragen wollten, zu schleppen, wie auch deren geringe Habseligkeiten. Die Moralität der Verbannten wurde unter solchen Umständen auch nicht besser. Diese Zustände erhielten erst unter Alexander II. eine durchgehende Änderung. Im Interesse der Humanität befahl der Kaiser im Jahre 1858 zunächst die Nikolai-Bahn zwischen Petersburg und Moskau zum Transporte der Verbannten zu benutzen. Ferner befahl er, wo sich die Gelegenheit bietet, alle Wasser-Communicationen zu benutzen, die auf dem Wege der Verbannten liegen. In dieser Beziehung kam statt des bisherigen Landweges die Wolga bis zur Mündung der Kama, und dann die Kama in Betracht. Dadurch wurden eine Menge Wagen, die früher den Verbannten nachzuführen, frei, denn fast die Strecke bis zu den ersten Ausläufern des Ural wurde per Eisenbahn oder per Dampfschiff zurückgelegt. Wo die Fluss-Communication ausblieb, wurden die ganzen Transporte dann per Wagen befördert, bis man bei Tjumen an die schiffbare Zustüsse der großen sibirischen Städte gelangte. Die Transportzeit der Arrestanten wurde dadurch sehr verkürzt, und es konnte daran gedacht werden, die Wintertextporte ganz einzustellen. Im Jahre 1867 wurde ausdrücklich und formell angeordnet, daß über den Winter keine Arrestantentransporte mehr stattfinden sollen, indem die Arrestanten bis zum Frühjahr an gewissen Centralpunkten untergebracht würden, namentlich in Moskau und Nischny Novgorod, zum Theil auch in Kasan und Tobolsk. Die Abschaffung der Wintertextporte brachte der Regierung eine jährliche Ersparnis von 300.000 Rubel, was also sogar finanziell lukrativ. Mit dem Aufschwung des Eisenbahnwesens wurden die Arrestantentransporte auch von den inneren

Gouvernements aus erleichtert. Die Eisenbahnen geben durch 36 Gouvernements mit einer Ausdehnung von 13,000 Wersten. Der äußerste Punkt des Transportes per Eisenbahn ist Nischny-Nowgorod. Die Waggons, in welchen die Arrestanten geführt werden, sind zu diesem Zwecke besonders eingerichtet. Vom 1. Mai jedes Jahres beginnt dann die Weiterbeförderung zu Wasser. Es sind ganz besonders gebaute Fahrzeuge, die man „schwimmende Kerker“ nennt, und diese werden von Dampfern gezogen. Dieser Wassertransport geht auf der Wolga und auf der Kama bis Perm. Dann kommt von Perm bis Tjumen (über den Ural hinüber) der Transport zu Wagen. Die Arrestanten werden in besonderen, und Frauen und Kinder in anderen Wagen befördert. Wie viel durch die gegenwärtige Beförderung zu Wagen gegen die frühere (zu Fuß) gewonnen ist, kann man daraus ersehen, daß der Transport von Perm bis Tjumen früher volle 40 Tage, jetzt nur 9 Tage in Anspruch nimmt. Von Tjumen, welches an der schiffbaren Tura liegt, werden die Arrestanten auch auf dem Wasserwege befördert. Wer z. B. nach Tomsk geschickt wird, geht die Wasserstraße aus der Tura, dem Tobol, dem Irtych, dem Ob, dem Tom per Dampf bis an seinen Bestimmungsort. Von Tomsk aus weiter sind die Beförderungsmittel noch allerdings zu verbessern, aber es wird daran auch schon gearbeitet. Von 186 Etappencommanden, die die Regierung früher unterhalten mußte, sind in Folge dieser Reformen schon 141 eingegangen. Dann ist aber auch bewirkt worden, daß für den Verbrecher nicht mehr der Transport bis Sibirien das Schrecklichste ist — während früher für Dieseljenigen, die in Sibirien verhältnismäßig eine leichte Strafe abzuhüben hatten, der Transport allein häufig die allerschlimmste Strafstrafe bildete.

## Provinzial - Zeitung.

\*\* Breslau, 29. August. [Zum 2. September.] Die „Breslauer Zeitung“ wird am 2. September Mittags und am 3. Morgens aus Anlaß der Feier des Sedantages nicht erscheinen.

\*\* [Der letzte Brand], welcher am Dienstag Abend die Eisenbahn-Wagen-Fabrik hier selbst vernichtet wurde, wurde, wie man uns brieftisch meldet, selbst in Friedland, Kreis Waldenburg, wahrgenommen.

π [Zum Feuerlöschwesen.] Bekanntlich ist vor nicht gar langer Zeit

das Aufschlagen an die Gloden bei ausbrechendem Hochfeuer eingestellt worden, und bleibt es dem jedesmaligen Commandirenden der Feuerwehr überlassen, falls die Kräfte der Feuerwehrwachen nicht als ausreichend sich erweisen sollten, durch die Glocke alarmieren zu lassen. Von diesem Mittel ist bereits zweimal Gebrauch gemacht worden, nämlich bei Gelegenheit des Burgfeld-Feuers und vorgestern. Da die gesammten Mannschaften der Feuerwehr und die Druckleute nicht tafernt sind, fahren nur die Wachmannschaften der Feuerwehr zum ausgebrochenen Hoch- und Klein-Feuer; dort angekommen, wird die Gefahr abgemessen, und je nachdem sogenannter offener Feuerlärm gemacht. Hier vergeht eine, wenn auch nicht zu lange Zeit, ehe die übrigen Mannschaften der Feuerwehr erscheinen können, und wird wohl jetzt wiederum bei Hochfeuern das Aufschlagen des Thürmers gestattet werden. Der große Andrang des Publikums zur Brandstätte, wovon unter sich namentlich viele Frauen und Kinder befinden, mag wohl den Hauptgrund zu dem Decree des Nichtanfangs gegeben haben. Das Militär kann nicht immer sofort zur Stelle sein, um in größter Entfernung Chainen zu bilden. Die Polizeimannschaften der nächsten Reviere reichen nicht aus. Mag nun offener Feuerlärm gemacht werden, oder nicht, zu schauendes Publikum ist immer da, wenigstens das aus nächster Nähe des Brandes. Bei offenem Feuerlärm sind aber sämtliche Mannschaften der Feuerwehr und auch des Feuer-Rettungsvereins (nicht Neuer Rettungsverein) da, um helfend einzutreten, und so empfehlen wir, die frühere Maßregel beizubehalten.

\*\* [Das Wegziehen der Störche.] Kürzlich meldete die „Breslauer Zeitung“, daß bereits große Züge von Störchen nach dem Süden geogen sind. Eine Mittheilung, welche über diesen Gegenstand dem „Görl. Anz.“ zugeht, sagt, daß diese Erziehung weiter nichts Wunderbares und Interessantes hat, als daß diese Vögel in diesem Jahre wie in allen anderen den Kalender richtig im Kopf haben. Die Störche verlassen uns immer zwischen dem 23. und 29. August und ist mir, sagt unser als aufmerksamer Beobachter der Natur bekannter Gewährsmann, kein Fall bekannt, daß dieselben sie bis zum 1. September bei uns geblieben wären. Aus dem Zug der Störche also kann man unbedingt keinen Schlüß auf das kommende Weiter machen, sie richten sich einfach nach dem Kalender.

s. Waldenburg, 27. August. [Kreistags - Abgeordnetenwahl.] Bei der am 20. d. Mts. stattgefundenen Wahl im Verbande der größeren Grundbesitzer sind zu Kreistags-Abgeordneten gewählt worden: Sr. Durchf. Frits v. Pleß auf Fürstenstein, der Königl. Landrat Freiherr v. Biedig, Neulrich auf Kynau, der Königliche Rittmeister a. D. Herr v. Mutius auf Altawasser, Fürstl. General-Director Dr. Riedel in Fürstenstein, Gütesitzer Robert Fichter in Bärzdorf, Königl. Commerzienrat Tießl in Altawasser, Fabrikbesitzer Julian Websky in Blumenau, Dr. Egmont Websky in Wüstewaltersdorf, Gütesitzer Adolph Fröhlich in Niederhermsdorf, Gütesitzer Georg Köpke in Hausdorf, Königlicher Lieutenant Freiherr v. Butler auf Neukendorf, Gütesitzer Hayn in Nieder-Hermsdorf, Fabrikbesitzer Richard Köpke in Tarnhausen, Fabrikbesitzer Julius Kauermann in Tarnhausen, Fabrikbesitzer R. Haunzöck in Waldenburg, Bernhard Baron v. Czetzitz-Neuhäus auf Seitendorf.

\*\* Aus dem Neisser Kreise, 27. August. [Märchen.] Um letzten Markttag in Neisse traf Schreiber dieses in einem Gasthause eine Anzahl Landleute, die sich lebhaft und angelegentlich unterhielten. Stoff zur Unterhaltung waren die bevorstehenden Wahlen, vorzüglich aber die sog. Staatskatholikenadresse. Es ist kaum zu glauben, in welcher Weise das Volk, besonders auf dem Lande gefälscht wird, gefälscht und überredet von einer Seite, von welcher, noch bis heut auf dem Lande, viele, ohne Arg alles vertrauensvoll glauben, auch Unsun. Einer dieser Landleute erzählte, daß in seinem Wohnorte recht eindringlich vor dem Unterschreiben der Staatskatholikenadresse gewarnt wird, wer dieselbe unterschreibt, höre nicht allein auf katholischer Christ zu sein, er würde Freimaurer, denn die Unterchrist zu dieser Adresse sei die Einwilligung dieser Verbindung beizutreten, und alle dienten, welche schon unterschrieben und nicht widerrufen würden, würden in kurzer Zeit die Aufforderung erhalten, zu dem Freimaurerorden zu schwören. Ein Landmann der aus einem andern Ort zu sein schien, sagte hierauf, daß bei ihm zu Hause gegen die Staatskatholikenadresse wohl auch gesiezt und nicht nur gewarnt wurde, dieselbe zu unterschreiben, sondern auch alles Mögliche verflucht würde, um Dieseljenigen, welche Unterchrist geleistet, zum Widerruf zu bewegen, aber mit solch lächerlichen Unsun läme ihnen Niemand. Als dieser Landmann gefragt wurde, ob er etwa auch diese Adresse unterschrieben? erwiederte er: „nein bis jetzt noch nicht“, aber da die Adresse, die er gelesen, nur die Versicherung der Unterchristen enthält, „daß sie Kreue ihrem Kaiser und Könige, Anerkennung und Gehorsam den von Sr. Majestät bestätigten Gesetzen verpreche“, so finde er gar kein Unrecht dabei, die Adresse zu unterschreiben, denn was alle die, welche sie unterschrieben, in der Adresse zu Unsun versichern, — müssen und werden am Ende alle, auch katholischen Staatsbürger thun. — Dieser einfache Landmann, der kein Staatskatholik, hatte glaubt ich den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er in seiner kurzen Weise den ganzen Inhalt der Adresse so bezeichnet, „daß die in der Adresse Unterschriebenen nichts mehr und nichts weniger erklären und versichern wollen, als, daß sie als katholische Unterthanen eben Treue dem Kaiser und Könige, Anerkennung und Gehorsam den Gesetzen geloben.“ Eine solche Erklärung darf wohl ein jeder Staatsbürger, auch der gute Katholik abgeben. — Wer die Staatskatholiken-Adresse unterschrieben, ist schon oder muß Freimaurer werden! Wie schlau dieses ungünstige Märchen erschien, und nun ausgebeutet werden soll beständig der bevorstehenden Wahlen. Hat solcher Unsun erst im Volle Verbreitung gefunden, so glaubt man der Wahlen sicher zu sein. — Vielleicht täuscht man sich dennoch; auf dem Lande trifft man schon viel gesunden Verstand.

A. Reichenbach, 27. August. [Zur Tageschronik.] Auch unsere städtischen Behörden haben beschlossen, den 2. September festlich zu begehen, am Vormittage findet Gottesdienst statt und Mittags ziehen die Schützen, der Turn- und Feuerwehrverein nach. — Dem Wassermangel, in unserer Stadt wird durch die große Dürre immer fühlbarer, die städtischen Brunnen müssen zeitweise geschlossen werden, damit sie wieder etwas Wasser annehmen können; leider sind alle Projekte für Beschaffung einer städtischen Wasserleitung bis jetzt daran gescheitert, daß die Commune keine verfügbare

Mittel besitzt, doch da die Wasserfrage wirklich eine Lebensfrage für unsere Stadt ist, richten die städtischen Behörden ihr Augenmerk darauf, vielleicht in längstens zwei Jahren eine Wasserleitung beschaffen zu können, da bis dahin der Reservestand der städtischen Sparsäcke so hoch angewachsen sein wird, daß er zur Ausführung dieser nothwendigsten Anlage in Angriff genommen werden könnte. — Cholera-Erkrankungen haben wir zum Glück hier noch nicht zu registrieren, doch wäre es immerhin wünschenswerth, daß von Seiten der Communal-Berwaltung für regelmäßigeres Desinfection sowohl der Abflußgräben, als auch der Cloaken in den Häusern energischer Sorge getragen würde.

— r. Namslau, 27. August. [Nachträgliches zum Polnisch-Märkischer Feuer. — Bestrafter Wabuwiz. — Waldbrand. Cholera. — Sedanfest.] Nach den nunmehr festgestellten amtlichen Ermittelungen sind von dem Feuer in Polnisch-Märkowitz am 24. d. Mts. 25 Wirths mit 70 Gebäuden betroffen und 250 Personen ihres Osthades bestraft worden. Die Notiz in diesem Orte ist über alle Beschreibung und obwohl Seitens der Bewohner der Umgegend für den Augenblick das Allerunheimlichste gern hergegeben wird, so reicht dies doch lange noch nicht aus, und es bleibt daher dringend zu wünschen, daß die Hilfserufe in der Provinz überall die gewünschte Aufnahme und liebevolle Herzen fönden. Das Feuer wird übrigens noch ein Menschenleben fordern. Der herrschaftliche Schmidt, der festgestelltermassen bei Ausbruch des Feuers angetrunken war und der sich jederzeit das Antreten giebt, als könne er sogenannte „Stückchen“ aussöhnen, rannte auf die Stelle, wo das Feuer zum Ausbruch des Feuer zum Ausbruch gekommen war, trat diesem so nahe, daß die Flammen an ihm hinausschlügen und versuchte durch ein sogenanntes „Ver sprechen“ oder, Beschwörung das Feuer auf seinen ersten Heerd zu befrachten. Sei es nun, daß er dieser Kunst nicht vollkommen gewachsen war, oder ist er, wie er nachträglich behauptet, bei Auslösung derselben wirklich gestört worden, — kurz und gut — er hat an Brust und Nacken so bedeutende Brandwunden davongetragen, daß er lebensgefährlich darnieder liegt, bereit gestern mit den Sieben-Sacramenten verehrt worden ist und voraussichtlich seinem Wahn zum Opfer fallen wird. — Am Sonntage in der Mittagstunde entstand auf bis jetzt unausgeklärte Weise in den Königlichen Forsten von Bachowiz, hiesigen Kreises, Feuer, welches bei der Trockenheit brennen tut, eine Fläche von 4 Morgen gut bestandenem Kieferwaldes einscherte, und jedenfalls noch bedeutender Schaden angerichtet hätte, wenn der Kaufmann Paulisch aus Reichthal und der Förster Fulde aus Bachowiz nicht glücklich die geeigneten Vorkehrungen veranlaßt hätten. — Die Cholera in Damer, hiesigen Kreises, ist, Dank den getroffenen energischen Maßnahmen, im Abnehmen und es sind neuerdings weder neue Erkrankungen noch Todessfälle zur amtlichen Anzeige gekommen. — Für den 2. September d. J. werden auch hierzulande Vorlesungen zur festlichen Begehung des Tages der Schlacht bei Sedan getroffen.

[Notizen aus der Provinz.] \* Ratibor. Der „Allg. Ob. Anz.“ enthält folgenden Nachweis der im Kreise Ratibor vorgenommenen Choleraerkrankungsfälle in der Zeit vom 11. bis 20. August c.: Altendorf, Einwohnerzahl 3001, Kranken-Bestand 2, erkrankt 2, gestorben 2, genehmigt 2; Groß-Darlowitz, Einwohnerz. 567, erkr. 1, gest. 1; Klein-Darlowitz, Einwohnerz. 591, erkr. 2, gest. 1, genehm. 1; Gammar, Einwohnerz. 567, Bestand 1, erkr. 2, genehm. 2, in Behandlung 1; Polnisch-Krawarn, Einwohnerz. 1139, Bestand 16, erkr. 17, gest. 9, gen. 19, in Behandlung 5; Langendorf, Einwohnerz. 1414, erkr. 8, gest. 4, gen. 1, in Behandl. 3; Marlowitz, Einwohnerz. 1089, erkr. 1, gest. 1; Groß-Peterwitz, Einwohnerz. 2117, erkr. 2, gest. 1, gen. 1; Ratibor, Einwohnerz. 15,322, Bestand 10, erkr. 48, gest. 20, gen. 23, in Behandlung 15; Rudnik, Einwohnerz. 991, erkr. 6, gestor. 2, gen. 4. Summa Bestand 29, neu erkrankt 89, gest. 41, gen. 53, in Behandlung 24; hierzu das Resultat der letzten Nachweisung erkrankt 251, gestorben 130, genehm. 92; also in Summa erkrankt 340, gest. 171, gen. 145, in Behandlung 24.

Aus Kranowitz hiesigen Kreises wird berichtet, daß am 24. August ein Weib ihren Mann erschlagen habe.

+ Krappitz. Am 22. d. M. war die Häuslerin Florentine Kopiecz zu Zugella im Weidenwerber an der Oder mit dem Schädel von Weidenruthen beschäftigt und ließ unter ihrer Aufsicht ihre zwölfjährige Tochter in der um diese Jahreszeit leichten Oder zwischen 2 Buhnen baden. Aber gerade zwischen diesen war ein tiefes Loch vorhanden, in welches das nichts ahnende Kind geriet. Es hatte noch Zeit um Hilfe zu schreien. Die Mutter stürzte sich alsbald ins Wasser, um das auf- und nietverdauende Kind zu retten, investen war ihre Absicht erfolglos; sie verschwand in der Tiefe. Während dieses Vorfalls von einigen Secunden — länger dauerte es nicht waren auch zwei in der Nähe mit dem Abauen der Weidenruthen beschäftigten Männer hinzugetragen und verloren es die mit dem Zude Ringenden dem Wasser zu entreißen. Es gelang ihnen dies jedoch nur bei der Tochter, die Mutter war das Opfer ihrer Kindesliebe geworden; eine Stunde später fand man ihre Leiche.

Δ Gleiwitz. Bei der am 26. d. M. stattgefundenen Wahl der Abgeordneten zum Kreistage wurden von den größeren ländlichen Grundbesitzern und Industriellen nachfolgende Herren gewählt: Herzog von Ujest. — Herzog von Ratibor. — Geheimer Commerzienrat Russel auf Ruzinitz. — Lieutenant Gurabz aus Kotulin. — Königl. Obercommissar Russel auf Lauterbach. — Landesaltester von Rosenthal auf Brynnek. — Landesaltester von Brochow auf Koppin. — Landesaltester Balow auf Lubie. — R. R. österreichischer Major a. D. Graf von Strachwitz auf Kamieniec. — Lieutenant von Gröling auf Schallwitz. — Hauptmann von Racel auf Gaatau und Gieraltowicz. — Freiherr von Welzel auf Laband. — Rittergutsbesitzer Graf zu Solms-Rötha auf Stuplo. — Rittergutsbesitzer Gurabz auf Kottlischowitz. — Im Wahlverbande der Landgemeinden wurden einige Tage vorher nachfolgende Herren gewählt: Freigutsbesitzer Grunwald in Elguth-Babrz. — Bauerngutsbesitzer Johann Grzibatsch in Schönwald. — Kupferhammerbesitzer Theodor Martin in Kozlow. — Hausbesitzer August Klein in Pohlswitz. — Gutsbesitzer Alois Maiser in Ruzinitz. — Mühlensitzer Briesch in Riewische. — Mühlensitzer Anton Rachel in Boguschitz. — Scholz Joseph Badura in Kieczka. — Gartner Carl Wrobel in Lubie. — Mühlensitzer Jakob Gralla in Tvorog. — Mühlensitzer Anton Starostzik in Kamieniec. — Mühlensitzer Edmund Smolka in Dzierzno. — Freigutsbesitzer Hüttenmeister Jagisch in Laband. — Tiseler Franz Golsz in Petersdorf v. B.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

R. Namtsch, 27. August. [Feuer. — Regen. — Sedanfeier.] Am vorigen Montag früh zwischen 1 und 2 Uhr entstand auf eine unerklärliche Weise im Orte Gründorf Feuer, welches bei dem obwaltenden Wassermangel in einer sehr kurzen Zeit 13 Gebäude (28 Gebäude) verschlang. Die Gefahr, daß das ganze Dorf eingehäuft würde, ward durch plötzliche Wendung des Windes glücklich verbüttet. — Endlich haben sich die Fenster des Himmels geöffnet, um uns einen erquickenden Regen zu spenden. — Auch der hiesige Magistrat hat eine Aufforderung zur würdigen Feier des Nationalfestes ergehen lassen.

Kreis Wongrowitz, 26. August. [Ein außerordentlicher Stadt-lehrer.] Die evang. Bewohner der Stadt Miescisko fanden es mit ihren Interessen nicht mehr verträglich, ihre Kinder nach dem circa eine viertel Meile entfernten Dorfe Wielu in die Schule zu schicken. Das städtische Selbstgefühl trieb sie im Jahre 1872 an, sich von W. zu emanzipieren und eine eigene Schule zu gründen. Es wurde auch, — da die Königl. Regierung mit einem namhaften Staatsaufwand zu Hilfe kam — für den künftigen Jugendbildner ein baares Gehalt aufgebracht, wie es in vergleichenden Zeiten viele andere Städte und Landstädte vergleichbar haben. In dessen bewarb sich Niemand um die Stelle. — Um nun die schulpflichtige Jugend nicht ohne allen Unterricht aufzuwachsen zu lassen, ließ man sie zwei Stunden täglich vom katholischen Lehrer des Orts unterrichten. Es sollte aber nicht immer so bleiben. — Durch wunderbare Zügung erhält ein 71jähriger Mann — Namens Gruhn — in Wronke Runde von der lehrerbedürftigen Schulgemeinde in W. — derselbe macht sich eilends auf, kommt und präsentiert sich zur höchst freudigen Überraschung der evang. Schulgemeinde in W. als Ciner, der mit Bewilligung verschiedener geistlicher Schulinspektoren schon an verschiedenen Orten „gechulmeistert“ habe. Man will nicht nun natürlich, den „guten Alten“ in W. zu fesseln, und — es gelingt. — Auf Grund einer Bescheinigung von dem Hrn. Oberprediger in C. die dahin lautet, daß z. C. Gruhn als Schulhalter niemals Veranlassung zu Beschwerden seitens der betreffenden Gemeinden gegeben, ist ihm die interimsistische Verwaltung der evang. Schulstelle in W. von der Königl. Regierung seit dem 1. Juli für ein Honorar von 144 Thlr. pro Jahr übertragen worden. — Ref. hatte kürzlich Gelegenheit, den Hrn. Gruhn persönlich kennen zu lernen. Derselbe ist in seinem bessern Jahre „Schuster“ gewesen und hat einen viel bemerkten Leben hinter sich. Als Schreiber dieses ihn wegen seiner unsicheren Ainstellung bedauerte, sagte der alte Biedermeier: „Ich verlasse mir auf den lieben Gott; der hat mich ja immer geholfen, wenn ich in Not war. — Auch weiß ich solche Ratszepte für tolle Hunde und andere Krankheiten, die bringen mich auch was ein.“ (Pos. 3.)

A. Reichenbach, 27. August. [Zur Tageschronik.] Auch unsere städtischen Behörden haben beschlossen, den 2. September festlich zu begehen, am Vormittage findet Gottesdienst statt und Mittags ziehen die Schützen, der Turn- und Feuerwehrverein nach. — Dem Wassermangel, in unserer Stadt wird durch die große Dürre immer fühlbarer, die städtischen Brunnen müssen zeitweise geschlossen werden, damit sie wieder etwas Wasser annehmen können; leider sind alle Projekte für Beschaffung einer städtischen Wasserleitung bis jetzt daran gescheitert, daß die Commune keine verfügbare

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

August 28. 29.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Aufstand bei 0° . . . . .	330°,70	330°,07	330°,13
Aufwind . . . . .	+ 23°,2	+ 17°,4	+ 15°,5
Dunstdruck . . . . .	5°,19	5°,91	5°,11
Dunstättigung . . . . .	40 p.C.	69 p.C.	69 p.C.
Wind . . . . .	SD. 2	SW. 1	NW. 2
Wetter . . . . .	wolig.	heiter.	wolig.
Wärme der Oder . . . . .		7 Uhr Morgens	+ 15°,6.

Breslau, 29. Aug. [Wasserstand.] D. P. 4 M. — Em. U. B. — M. — Em.

Berlin, 28. August. Die Tendenz der heutigen Börse war weder matt noch fest, die Umfänge befrüchten sich auf ein Minimum und waren meist durch im vollen Zuge befindliche Liquidation stark beeinträchtigt. Die von den auswärtigen Börsenplätzen eintreffenden Nachrichten waren ebenfalls nicht geeignet, zu einem belebteren Geschäft hier Anregung zu bieten, sie vermochten aber auch andererseits nicht die Stimmung mehr zu drücken. Die Liquidation vollzieht sich, ohne im Entferntesten Schwierigkeiten zu bieten. Geld ist überreichlich vorhanden und die Prolongationsfälle steigen nicht über 5 Prozent, die Nachfrage nach Geld ist aber sehr gering. In den Speculationswerten trat aber eine gewisse Festigkeit in den Vordergrund, von der jedoch Lombarden ausgeschlossen waren. Obwohl die Wiener Börse im Allgemeinen nicht sonderlich fest gestimmt ist, befriedigte doch die Melbungen für österr. Creditactien und gaben die hier Speculation ein Motiv, ebenfalls mit der Notiz etwas anzuziehen. Dester. Creditactien setzten bei Eröffnung der Börse mit ihrem gestirnten Schlukcours ein und erhöhten die Notiz um 1 Thlr. Lombarden wurden aus Wien nicht unbedeutend niedriger gemeldet und gaben auch hier im gleichen Maße nach, als Grund giebt man, daß die beabsichtigte Aussage von Prioritäten auf Hindernisse stoße, falls solche nicht zu beseitigen, stände dann allerding eine Vermehrung des Actienkapitals als alleiniges Auslastungsmittel in Aussicht. In Frankreich war die Speculation ziemlich unthätig. Österreichische Nebenbahnen blieben vernachlässigt, Galiz. und Destr. Nordwestbahnen erfuhren keine Veränderung, Raibau-Oberberg ließ im Course nach, wurde jedoch ebenso wie Rudolfsbahn ziemlich rege umgesetzt. Auswärtige Fonds waren fest und meist steigend. Destr. Renten beliebt und höher, auch Italiener, Italiener in lebhafster Frage und steigend. Amerikaner sehr fest, meist zu unveränderter Notiz nur 85 C. höher. Von russischen Wertpapieren waren Ost-Amerikaner beliebt, ließen jedoch im Course etwas nach. Preußische und deutsche Fonds sehr still aber fest. Auch Prioritäten bewegten sich in guter Festigkeit, ohne aber in lebhafster Verkehr zu treten, von russischen waren Koslow-Woronec gefragt. Auf dem Eisenbahn-Actionmarkt zeigte sich die Stimmung bestätigter, auch umfaßte der Verkehr eine größere Anzahl von

## Berliner Börse vom 28. August 1873.

## Wechsel-Course.

	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.			
	Divid. pro	1871	1872	Zf.
Asterdam-NESN.	10 T	4%	140% B.	
do. do.	2 M.	4%	139% G.	
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5%	56.14 G.	
Frankf. M. 100 Fl.	2 M.	6%	—	
Leipzig 300 Thlr.	8 T.	5%	99% G.	
London 1 Lst.	2 M.	3%	6.21 bz.	
Paris 300 Frs.	10 T.	5%	79% bz.	
Potsd. 1000 SR.	8 T.	6%	89% bz.	
Warschau 90 SE.	8 T.	6%	81% bz.	
Wien 150 Fl.	8 T.	5%	204% bz.	
do. do.	2 M.	5%	89% bz.	
Görl.-Märklin.	11/4	—	37% bz.	
do. do. neu.	5	—	5% bz.	
Cuxhaven-Eisenbahn	—	—	—	
Dux-Bodenbach E.	5	0	5% bz.	
Gai. C.-Lindw.	8 1/2	—	99% 1/2% bz.	
Halle-Sorau-Guben	4	0	4% bz.	
Hannover-Altenbek.	5	—	6.9% bz.	
Borsig-Görlitz	5	5	5% bz.	
Kronpr.-Rudolfs.	5	5	72% bz.	
Ludwigsh.-Bx.	11 1/2	11	189% bz.	
Märk.-Posener	0	0	4% bz.	
Magdeb.-Halberst.	8 1/2	8 1/2	130% bz.	
Magdeb.-Leipz.	16	14	260% bz.	
do. Lst. R.	4	4	96% bz.	
Mainz-Ludwigsfel.	11	11 1/2	123% bz.	
Niedersl.-Mark.	4	4	97% bz.	
Oberschles. A. u. C.	12 1/2	13% bz.	34% bz.	
do. B.	13% bz.	13% bz.	167% bz.	
Oest.-Fr.-St.-B.	12	10	26% 22% bz.	
Oester.-Nordwestb.	5	5	124% bz.	
Oester. südl. B.-B.	4	4	103% 98% bz.	
Ostpreuss. Süd.	0	0	43% bz.	
Beelitz O.-U.-Bahn	6	6	128% bz.	
Heilbechberg-Pard.	4 1/2	4 1/2	70% bz.	
Ehne-Nieh.-Bahn	10	9 1/2	144% bz.	
Rumän. Eisenb.	5	3 3/5	36% bz.	
Schweiz-Westbahn	2	2	40% bz.	
Stargard.-Posener	4 1/2	4 1/2	101% bz.	
Thüringer	10 1/2	9	131% bz.	
Warschau-Wien.	12 1/2	—	84% bz.	

## Fonds und Gold-Course.

Frow. Staat-Anleihe	4 1/2	—	
Staat-Anl. 4% 1/2% G.	4 1/2	100% bz.	
dito consolid.	4 1/2	104% bz.	
dito 4% 1/2% G.	4	96% bz.	
Staat-Schuldenchein	—	90% bz.	
Präm.-Anleihe v. 1868	3 1/2	127% bz.	
Berliner Stadt-Oblig.	4	101% bz.	
Berliner Präm.-Anl.	4	99% bz.	
Pommersche	3 1/2	80% bz.	
Possensche	4	90% bz.	
Sachsenische	3 1/2	—	
Kur. v. Neumärk.	2 1/2	24% bz.	
Pommersche	4	94% bz.	
Preussische	4	93% bz.	
Westsl. n. Rhein.	4	94% bz.	
Sächsische	4	95% G.	
Sachsenische	4	94% G.	
Winter-Raps	7 17	6 8 7 6	8 12 6
Winter-Raps	7 12	6 7 25	8 —
Rapskuchen gute Kauflust	72—76	Sgr. pr. 50 Kilo.	
Leinuaten höher, schlesische 96—100	Sgr. pr. 50 Kilo.		
Kleesaat ohne Zuflur., — rohe 12—16% Thlr. pr. 50 Kilo.			
12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilo., hochreine über Notiz bezahlt.			
Thymuthree ohne Aenderung, 8%—10% Thlr. pr. 50 Kilo.			
Kartoffeln pr. 50 Kilo. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.			

Kurb. 40 Thlr.-Loose 70 B.

Badische 35 Fl.-Loose 33% B.

Braunschw. Präm.-Anl. 22% et. bz. G.

Oldenburger Loose 27 bz. B.

Louis'dor 1102. Dollars 1.11% G.

Sovereigns 6.21% G. Frmdkn. 99% G.

Napoleons 5.10% b. Ost. Bkn. 90% bz.

Imperials 5.10 G. Russ. Bkn. 82 b.

Hypotheken-Certificatae.

Kündb. Cent.- Bod. Or. 5	130 bz.	
Unknd. dito. (1873)	102% bz.	
dto. rückw. a 110	105% bz.	
dto. dto. dto. 4%	97 bz.	
Unk. H. d. Pr. B. Crd. B.	99% bz. G.	
dto. III. Em. dto. 5	99% bz. G.	
Kündb. Hyp.-Schuld. 5	94% bz. G.	
Hyp. Anth. Nord.-G. C. B.	101% bz.	
Pomm. Hypoth.- Briefe 100% bz.		
Goth. Präm. P. I. Em. 5	104% G.	
dto. dto. II. Em. 5	103% G.	
Meiningen Präm. Pfld. 4	91% bz. G.	
Oest. Silberbank 5%	23% G.	
do. Hyp. Crd.-Pfnd. 5	73 bz. G.	
Unk. Pfnd. d. Pr. H. B. 4%	100 bz. G.	
Pfd. d. Oest.-Or. Gs. 5	90% G.	
Südd. Bod. Cred.-Pfnd. 5	101% bz.	
Wiener Silberpfandb. 5%	76 B.	

Bank- und Industrie-Papiere.

Anglo-Dentzsch-Bk.	—	7% B.
Allg. deut. Hand.-G.	74% G.	70% G.
Berliner Bank.	15	14
Berl. Bankverein	16	11
Berl. Kassen-Ver.	12 1/2	29/10
Berl. Hand.-Ges.	12 1/2	14/3
Berl. Lombard-Bk.	5	5
Berl. Makler-Bk.	25% G.	102% G.
Berl. Prod.-Makl.-B.	5	5
Berl. Wechselbank	12 1/2	6
Braunschw. Bank	8 1/2	8% G.
Breal. Disc.-Bank	13	10
Breal. Handels-Ges.	—	9
Breal. Makler-Bk.	30	105% G.
Breal-Mahl.-Vor. Bk.	4 1/2	72% B.
Brl. Prov. Wechselb.	—	12
Sral. Wechselb.	12	12
Sral.-Ek. n. Genos.	12	14
Ooburger Cred.-Bk.	10 1/2	91% G.
Danziger Priv.-Bk.	7	7
Darmst. Credit.	15	17 1/2% G.
Darmst. Zettelbank	8	7
Deusser	—	fr.
Deutsche Bank	8	90% 1/2% G.
Deutsche Und.-Bk.	11 1/2	23/3% G.
Disc.-Com.-A.	24	27
Genauer Bank	—	3% G.
Genossenschafts-Bnk.	10%	10%
do. Jung.	10%	121 B.
Gewb. Schuster. C.	—	93% 1/2% G.
Görlitzer Vereinsb.	—	10% 1/2% G.
Goth.-Grundend.-B.	9	94% G.
Hamb. Nord. Bk.	12 1/2	13 1/2% G.
do. Vereins-Bk.	11 1/2	12 1/2% G.
Hannover.-sche do.	—	69/10
do. Disconto-Bk.	—	61 1/2% G.
Hörnigsdorfer Bk.	—	72% G.
Königsl. Bk.	11	8
Landw.-B. Weilek.	14	5
Lipz. Credit-Bnk.	11	15
Lipz. E.-B. Weilek.	11	16 1/2% G.
Luxemburg. Bk.	12	12
Magnesia.	—	127% bz.
Moldauer Lds.-Bk.	6	4
Sdschl. Cassenver.	12	15
Mord. Grundend.-B.	8	97 1/2% G.
Oberlausitzer Bnk.	10 1/2	84% 10% 144% 21/2% bz.
Oest. Credit.-Act.	17 1/2	18 1/2% G.
Ostdeutsche Bnk.	—	8 4% 72% G.
Ostf. Produs.-Bk.	—	51 1/2% G.
Post. Prov. Wechselb.	64 1/2	10% 1/2% G.
Prus. Bk. Act.	128/10	13 1/2% 4 1/2% G.
Pr. Bod.-Cr. Ad. B.	4	41 bz.
Pr. Central.-Bd. Cr.	9 1/2	9 1/2% G.
Pr. Credit-Anst.	24	24 1/2% G.
Pr. Prov.-Wechselb. B.	7 1/2	86 1/2% G.
Sächs. B. 60% I. S.	10	12 1/2% G.
Sächs. Ord.-Bnk.	11	13 1/2% G.
Schles. Bank-Vor.	12	14 1/2% G.
Schl. Centralbank	—	13 1/2% G.
Schl. Vorsorge-Bnk.	9	9 5
Vor.-Elk. Quistorp.	15	19 1/2% G.
Weimar. Bnk.	7	10 1/2% G.
Wiener Unionbank	16 1/2	8 1/2% G.
Genl. Eisenb. Bed.-A.	10 1/2	11 1/2% G.
Märk. Schl. Marsch.-G.	8 1/2	45 1/2% G.
Nordl. Papierfab.	8 1/2	83 1/2% G.
Westend. Comm.-G.	16	105% 1/2% G.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	121 bz. G.
Seiles. Fuerverw.	20	125% G.
Doornersmarckhütte	—	5 78% bz.
Königs- u. Laarh.	12 1/2	200% bz.
Lauchhammer.	7	97 1/2% G.
Merdichütte.	—	105% bz.
Minerva.	0	5 24% G.
O. Schl. Eisengewerke	—	5 68% B.
Rodenhütte.	—	10 104% bz.
Schl. Kohlenwerk	—	5 104% bz.
Schl. Zinkh.-Act.	6	8 100% bz.
do. Bl.-Fr.-Act.	6	